

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Bohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Rüdörfel, Ortmannsdorf, Müssen St. Nikolaus, St. Jakob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niedermüssen, Rühlschnappel und Lirchheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

59. Jahrgang.

Nr 96

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Mittwoch, den 28. April.

Haupt-Infektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1909

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis: 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Röhlschnappel, Buchdruckerei Nr. 5b, alle Kaiserlichen Postämtern, Postboten, sowie die Ausdräger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für ansonstige Inserenten mit 15 Pfg. berechnet. Reklamazeile 30 Pfg. Im amtlichen Beleg kostet die zweifaltige Zeile 30 Pfg. Telegramm-Adresse: T a g e b l a t t. Druck- und Verlagsanstalt Nr. 7. Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

Das Wichtigste.

* König Friedrich August ist in Bad Ems eingetroffen.
* Der deutsche Kaiser wird dem Kaiser Franz Josef auf dessen Einladung Mitte Mai einen kurzen Besuch in Wien abstellen.
* Als zweiter Stationskreuzer für die Sübsee geht im Mai der Kreuzer „Cormoran“ nach Asien.
* Die Lage im portugiesischen Erdbebengebiet soll, dem Vernehmen nach, trostlos sein. Bis jetzt sind ungefähr 50 Tote festgestellt. Viele werden noch vermisst. 6000 Menschen sind obdachlos.
* Die ungarische Regierung ist zurückgetreten, das ungarische Abgeordnetenhaus hat sich bis zur Lösung der Krise vertagt.
* Das türkische Ministerium hat demissioniert. Das Parlament ist aus San Stefano nach Konstantinopel zurückgekehrt, wo nunmehr die Entscheidung fallen soll, ob Abdul Hamid Sultan bleibt. Abdul Hamid ist von seiner Umgebung völlig verlassen. Die Jungtürken haben jetzt auch Sturati besetzt. In Kleinasien dauern die Niederschlagungen ganzer Ortshäuser fort.

Stimmungsbild aus dem Deutschen Reichstag.

(Eigen-Vericht.)

28. April, den 26. April 1909.

Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes mußte heute wiederum auf seinem Platte im Parlament erscheinen, um der zweiten Beratung der Zivilprozessordnungsnovelle als solcher Vater dieses Kindes beizuwohnen. Die wichtigste Debatte steht beim Gerichtsverfassungsgesetz ein. Die Kommission hat die Vergütung für die Zuständigkeit der Amtsgerichte von 3000 Mark auf 6000 Mark erweitert. Wie der konservative B a g n e r mitteilt, beruht die Normierung der Vergütung auf einer Beratung in der Kommission. Nur in dem unerschütterlichen Vertrauen, daß kein bestehendes Amtsgericht aufgehoben wird, stimmen seine Freunde dieser Menderung zu. In der Kommission sei ferner eine Resolution auf Revision der Anwaltsgebührenordnung vereinbart worden. Der Zentrumsgesandter Dr. Witt glaubt nicht, daß die Rechtsanwältinnen durch die Erhöhung der Vergütung allzu sehr geschädigt werden würden. Von den Freisinnigen, für die Herr Dove spricht, will ein Teil gegen die Erhöhung der Vergütung stimmen, von der Rechner eine Einschränkung des Hilfsrichterturnus erhofft. Bald nach Herrn Dove kommt denn auch ein Gegner der Vergütungserhöhung aus den Reihen der Freisinnigen zum Wort, Herr Ablass, der den Entwurf im allgemeinen gleichfalls bekämpft, weil ihm nicht in dem wünschenswerten Umfange die Wirtschaft ausgedehnt worden seien.

Staatssekretär Dr. Nieberding wiederholt die Erklärung namens der verbündeten Regierungen, daß überall, wo es nötig sein wird, eine Vermehrung der Richterstellen eintreten soll, so daß eine Überlastung der Richter trotz der Kompetenz-Erweiterung der Amtsgerichte nicht zu befürchten sei. Der Anwaltsstand wird durch das neue Gesetz keinen Schaden haben. Die Sozialdemokraten werden sich bis zur dritten Lesung entscheiden, wie sie sich dem Gesetz gegenüber stellen sollen. Also verbinde Herr Franz-Rammheim. Der Nationalliberale Führer Wasser mann tritt lebhaft für freie Advokaten ein, da nur eine solche Gewähr viele für eine tüchtige und unabhängige Mitwirkung des Anwaltsstandes bei der Rechtsprechung. Der Freisinnige Stors stimmt seinem Kollegen von der juristischen Fakultät bei. Nachdem der Freisinnige Ohlking und der Volksrechtler Dzierzowski die Vorlage nicht günstig beurteilt haben, wird die Kompetenzerhöhung auf 6000 Mark mit großer Mehrheit beschloffen. Nach längerer

Debatte wird die Regierungsvorlage wieder hergestellt, die dahin geht, die Kammern für Handelsfachen sollen Berufungs- und Beschwerdebgerichte in der in erster Instanz von den Amtsgerichten verhandelten Handelsfachen sein.

Zum Teil heftig ist die Debatte über einen Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, die Gerichtsschreiber gerecht zu titulieren: „Gerichtsschreiber“. Er wird mit allen Stimmen gegen die der Wirtschaftlichen Vereinigung und des Freisinnigen Barenhorst abgelehnt. Eine ganze Reihe unwesentlicher Anträge wird erledigt. Immer dasselbe Bild. Ein Jurist nach dem anderen betritt die Tribüne, und die Debatte wird zu einem Juristenball. Bemerkenswert ist die Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages, der den Paragraphen 157, der bestimmt, daß das Gericht Bevollmächtigte, die das mündliche Verfahren in vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, zurückweisen kann, auf Gewerkschaftssekretäre und Beamte nicht angewendet wissen wollte. Morgen geht die Debatte weiter.

Deutsches Reich.

Troeden. (Das „Dresdener Journal“) meidet: Sicherem Vernehmen nach wird an Stelle des zum königlichen Gesandten in Berlin ernannten Vorstandes der Amtshauptmannschaft Troeden-Kustadt Geheimrat Kates Freiherrn von Salza und Eichenau der Amtshauptmann Dr. von Hübel in Borna treten. Zum Amtshauptmann in Borna ist dem Vernehmen nach der Regierungsrat Dr. Einert bei der Amtshauptmannschaft Leipzig einstimmig in Aussicht genommen.

Die sächsischen Landwirte und die Urbansallsteuer. Der Bund der Landwirte in Sachsen hat neuerdings wieder eine schriftliche Mündung von Reichstagswählern in die Wege geleitet, in der sich die Unterzeichner nach wie vor als Gegner der Nachlasssteuer und jeder Ausdehnung der Urbansallsteuer auf Gärten und Aender erklären und ihre Reichstagsabgeordneten bitten, diese Steuer abzuschaffen. Die offiziöse Leipziger Zeitung bedauert dieses Vorgehen, und zwar, wie sie schreibt, im Interesse des Bundes in Sachsen selbst, da zu befürchten sei, daß es die Einwohner für den Bund auch in solchen Kreisen beeinträchtigen kann, die ihm bisher sehr freundlich gegenüberstanden.

Berlin. (Die Balkanpolitik der Dreibundmächte) ist mehrfach in tendenziöser Weise, besonders von der französischen Presse, verächtlich worden. Dem tritt das offiziöse Wiener Fremdenblatt entgegen: es schreibt zur Behauptung des Getair, daß zwischen den Dreibundmächten Abmachungen über eine Teilung der Türkei getroffen worden seien, von einem solchen Plane sei in maßgebenden Kreisen des Dreibundes niemals die Rede gewesen, und gerade die Annetionspolitik des Wiener Kabinetts widerspreche ihm aufs schärfste. „Wären wir“, fährt das Blatt fort, „die Dinge auf dem Punkte gefaßt, auf dem sie sich zur Zeit des Ausbruches der türkischen Juli-Revolution befanden, so wären wir aller Wahrscheinlichkeit nach in konventionellen Hingezogen worden, die das Osmanische Reich sehr durchmacht. Aber die Linie hinausgehen, die durch die Unerschlossenheit zur Konventionierung unseres Besitzes gezogen war, haben wir niemals beabsichtigt. Auch Italien und das Deutsche Reich sind über den Verdacht erhaben, Teilhaber einer auf die Zerstückelung der Türkei ausgerichteten Balkanpolitik zu sein. Es wird gut sein, wenn man sich in Europa an die den Tatsachen entsprechende Auffassung gewöhnt, daß der Dreibund sich stark erweisen hat, um den Frieden zu sichern, gewiß aber nicht, um ihn durch abenteuerliche Pläne zu erschüttern.“

Der Kaiser wird, wie wir erfahren, auf seiner Rückreise von Sofia dem Kaiser Franz Josef einen

Besuch abstellen. Da jedoch über die Dauer des Anienhaltens im Schilde noch keine definitive Bestimmung getroffen ist, so steht sowohl der Zeitpunkt, wie der Ort dieser kurzen Monarchenbegegnung noch nicht fest. Daß Kaiser Wilhelm bei der sich jetzt bietenden Gelegenheit nicht verfehlt, dem ihm so eng befreundeten Souverän einen Besuch zu machen, erscheint bei den innigen Beziehungen der beiden Höfe und der vollständigen politischen Uebereinstimmung der beiden Länder fast selbstverständlich. Zeigte doch schon erst die glänzende und von spontaner Freude getragene Aufnahme des deutschen Kronprinzen am Wiener Hofe und in der Wiener Bevölkerung, wie tief der Gedanke des deutsch-türkischen Bündnisses in beiden Völkern wurzelt.

(Der Anschluß der konservativen Partei) nimmt die von Seiten des konservativen Landesvereins im Königreich Sachsen insolge besonderer Verbesserverhältnisse eingenommene Stellung zur Frage der Nachlass- und Urbansallsteuer zur Kenntnis. Es wird von diesem Ausschuss empfohlen, die Reichstagsfraktion aufzufordern, mit aller Entschiedenheit auf das Zustandekommen der Reichsfinanzreform hinzuwirken, zum Erlasse der Ausdehnung der Nachlass- oder Urbansallsteuer eine Reichssteuerzuschusseiner in Verbindung mit anderen geeigneten Beihilfen vorzuschlagen und den Vorschlägen der Regierung bezüglich des Bieres, Branntweines und Tabaks im wesentlichen beizutreten. Mit aller Entschiedenheit auf das Zustandekommen der Reichsfinanzreform hinzuwirken heißt, wie heute die Dinge liegen, der Urbansallsteuer zustimmen.

(Ein deutsch-marokkanischer Zwischenfall.) Schon in den letzten Tagen ist mehrfach davon die Rede gewesen, daß der deutsche Industrielle Kenschhausen, der die Hafenanlage in Tanger für die marokkanische Regierung baut, von dieser kein Geld erhalten könne. Nun teilt er dieses Schicksal allerdings mit sehr vielen anderen Leuten, aber er behauptet, daß der deutsche Gesandte in Tanger sich seiner Sache nicht mit der erforderlichen Energie angenommen habe. Das ist von hier aus schwer zu beurteilen. Nun hat Herr Kenschhausen sich aber zu einer Handlung hinreichend lassen, die seinen sehr auf „Gindrud“ in Tanger machen dürfte. Der deutschen Kabelaammgesellschaft wird darüber gemeldet: Der Deutsche Kenschhausen hatte gestern vormittag auf der von seiner Firma aufgeführten Mole im Hafen von Tanger eigenmächtig die deutsche Flagge gehißt, anzuwinend, um seinen Ansprüchen gegen die marokkanische Regierung wegen Nichtzahlung der Arbeiter Lohn zu verweisen. Das Hissen der deutschen Flagge ist, wie dem Vertreter des Sultans vom türkischen Geschäftsträger mitgeteilt wurde, ohne Wissen der deutschen Konsulatschiff erfolgt. Die deutsche Flagge wurde am Mittag wieder eingezogen. — Das Behauptete ist natürlich, daß die Flagge erst gehißt und dann auf Anordnung der deutschen Konsulatschiff wieder eingezogen worden ist. Man kann sich denken, was für Geräusche sofort am „Sofka“ in Tanger über diesen Zwischenfall in Umlauf gesetzt worden sind, und wie sich Franzosen und Marokkaner mit diesem „Rückzug“, dieser „Niederlage“ der Deutschen abräumt haben mögen. — Zu dem an sich unbedeutenden Zwischenfall erhalten wir von orientierter Seite die Festhaltung, daß eine Fortsetzung der deutschen Firma Kenschhausen und so im Betrag von 1000000 Mark zu Recht stehen. Eine Unterstützung des Herrn Kenschhausen durch die deutschen Behörden konnte aber in keiner Weise stattfinden, zumal sich die Abgrenzung als eine zweifelhafte darstellte. Denn es besteht die offizielle Abmachung mit dem Nachen, wonach alle anerkannten Forderungen deutscher Untertanen beglichen werden sollen, sobald Marokko die neue marokkanische Anleihe erhalten hat. Diese ist nun freilich infolge der neuen Urarben auf neue Zahlungen gestiegen.

Arends.
ein.
Ensembles.
8 1/2 Uhr.
Lieder!
Abend
n.
Geopold
eher.
eher.
ella
Balbau.
Ruhn
Reher.
Helemann.
big.
iller.
rpih.
e Wolf.
ndt.
Wolf.
apelle.
nturm
bei den
Speerfisch
ffg.
Rt. 2.00,
1/2 Uhr.
Bederwaren.
es
Salzberg.
inen
erhöhen
ee
35, 40, 45
wie feinste
Kakao
rends.
Wasserdampfer
Verkehr
MEN
RIKA
YORK
Lloyd
showsky,
steln.